

An diesem Samstag vor der entscheidenden Haushaltsdebatte im deutschen Bundestag wollen wir als Offenbacher Friedensinitiativen zusammen mit Klimaschützern, der Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften, Sozialverbänden und Kulturschaffenden mit der Forderung hier im Offenbacher Hafeneck aufmerksam machen:

„Abrüsten statt Aufrüsten – Neue Entspannungspolitik jetzt!“

Und wir sind wahrlich nicht allein. Unter diesem Motto hat sich ein breites Bündnis bestehend unter anderem aus Politikern, Künstlern und Wissenschaftlern zusammengetan, die sich gegen eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts der Bundesrepublik aussprechen und in ganz Deutschland finden heute Aktionen und Veranstaltungen statt, denn es geht um **VIEL – NÄMLICH UM EINE FRIEDLICHERE WELT**

In der nächsten Woche wird es bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts zunächst um viel Geld gehen. Der Verteidigungshaushalt soll erneut um 2,6% steigen auf mehr als 46 Milliarden. Nach den NATO-Kriterien, die auch Rüstungsausgaben in anderen Etatposten berücksichtigen, belaufen sich die tatsächlichen Aufwände fürs Militär auf über 50 Milliarden Euro.

In den letzten Monaten hat sich politisch und gesellschaftlich vieles verändert. Nur eines ist „gleich“ geblieben: die Aufrüstung, der Militarismus nach Innen und Außen. Die 2 % BIP für Rüstung und Militär stehen weiter fest auf der politischen Agenda der übergroßen Mehrheit des Bundestages. Das heißt mindestens 80 Milliarden Euro für Krieg und Profite der Rüstungsindustrie. Wir können und wollen dieses nicht akzeptieren.

Bereits 2014 hatten sich die Nato-Staaten darauf verständigt, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts zu steigern und sich auf dieses Ziel bis 2024 zuzubewegen. Angesichts des erwarteten Konjunkturerinbruchs wegen der Coronakrise dürften viele Staaten diesem Ziel zumindest in diesem Jahr automatisch ein Stück näher kommen.

Kramp-Karrenbauer plädiert schon länger dafür, nicht allein auf das Zwei-Prozent-Ziel zu schauen. Viel wichtiger sei es, dass Deutschland zugesagt habe, zehn Prozent aller Fähigkeiten zu übernehmen, die die Nato zur Verfügung stelle. Das bedeutet bei wachsender Aufrüstung ein stetig wachsendes Engagement – ein Fass ohne Boden

Wir fordern deshalb laut und stark eine Umkehr zu Entspannungspolitik und Abrüstung.

Gerade jetzt brauchen wir dringend mehr Haushaltsmittel für die öffentliche Infrastruktur, Aufgaben der Daseinsvorsorge und die Aufwertung von sozialen Berufen, wie im Bildungs- und Gesundheitssektor.

Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit. ...

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation – in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen.“

...

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.“

Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärft die Gefahr neuer Kriege und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte.